

A U F D E M W E G I N S D R I T T E R E I C H

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten

**Rede
des
Reichstagsabgeordneten
Dr. Wilh. Hoegner**

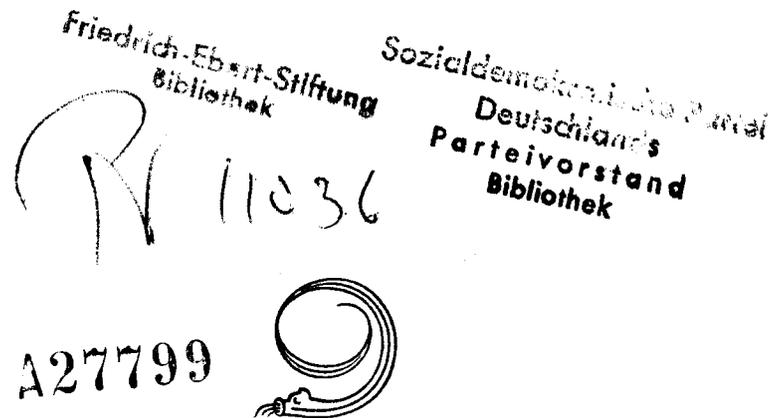
**Verlag
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3**

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten

Rede

des Reichstagabgeordneten

Dr. Wilh. Hoegner



J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW68, Lindenstr. 3

1 9 3 0

Druck: Wullenwever- Druckverlag G. m. b. H. Lübeck

In der Reichstagssitzung vom 18. Oktober 1930 hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Hoegner die folgende Rede, die sich mit den Ausführungen des Nationalsozialisten Gregor Straßer vom Tage vorher befaßte. Die Hakenkreuzler machten wiederholt den Versuch, die ihnen unbequemen Feststellungen Hoegners durch Lärmszenen zu unterdrücken. Das ist ihnen nicht gelungen! Sie erreichten lediglich, daß der Schluß der Rede nicht dem Stenogramm einverleibt werden konnte. Wir holen das nach, indem wir hier den vollständigen Wortlaut der Rede wiedergeben. Sie wird allen die Augen darüber öffnen, was das deutsche Volk zu erwarten hat, wenn „das dritte Reich“ der Hakenkreuzler beginnen sollte!

Der nationalsozialistische Redner von gestern hat eine Bilanz der Politik der letzten 12 Jahre aufgestellt. Er hat die Aktivposten dieser Bilanz überhaupt verschwiegen, die Passiven hat er maßlos vergrößert. Wenn ich mich beruflich mit dem Herrn Abgeordneten Straßer zu beschäftigen hätte, müßte ich ihn wegen Bilanzverschleierung belangen. (Große Heiterkeit.)

Hier im Reichstag habe ich nur die Möglichkeit, auf die verschiedenen und zahlreichen Fehler dieser Bilanz einzugehen. Schon der Eröffnungstag dieser Bilanz ist falsch. Die deutsche Geschichte hat nicht erst vor 12 Jahren begonnen, die unerfreulichen Zustände, unter denen wir heute zu leben haben, sind nicht erst eine Folge des Staatssystems, das vor 12 Jahren eingeführt worden ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Voraus ging ein Krieg, der die seelischen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes bis zum Uebermaß in Anspruch genommen hat, und dieser Krieg wurde verloren.

(Zurufe von den Nationalsozialisten. — Abgeordneter Döbrich: Im Auslande behauptet man, es sei auch bezahlt worden!“

Die deutsche Sozialdemokratie, deren Mitglieder zum größten Teil ihren Dienst am Vaterlande nicht mit Worten, sondern mit der Tat verrichtet haben, hat es nicht nötig, sich gegen einen solchen gemeinen und niederträchtigen Vorwurf zu wehren!

(Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Dreher: Waren Sie vor dem Kriege auch bei der Sozialdemokratie?)

— Jawohl ich war dabei, seit meiner Jugend gehöre ich der deutschen Sozialdemokratie an, weil ich von Jugend auf er-

lebt habe, was es heißt, aus den armen Schichten des deutschen Volkes hervorgegangen zu sein.

Die Freiheit der außenpolitischen Entschliebung

ist für das deutsche Volk erst im Jahre 1918 verlorengegangen. Mit dieser Freiheit der außenpolitischen Entschliebung war es in Wirklichkeit schon vorbei, als Wilhelm II. in den Jahren 1899 bis 1901 das englische Bündnisangebot abgelehnt hat. Mit dieser Freiheit der außenpolitischen Entschliebung war es vorüber, als sein Oheim Eduard VII. die Einkreisungspolitik gegen Deutschland vollendet hatte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit dieser Freiheit der außenpolitischen Entschliebung war es dann endgültig vorbei, als **Hindenburg und Ludendorff im Oktober 1918 das berühmte Telegramm geschickt haben, binnen 48 Stunden müsse der Waffenstillstand geschlossen werden,**

(lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

länger könne die Armee nicht mehr warten. Und mit dieser außenpolitischen Freiheit war es endgültig Schluß, als der Generalfeldmarschall Hindenburg seinen letzten Armeebefehl herausgegeben hat: in diesem oder jenem Punkte müsse versucht werden, Erleichterungen der Waffenstillstandsbedingungen zu bekommen, gelinge es nicht so müsse trotzdem abgeschlossen werden. Die außenpolitische Entwicklung ist für das deutsche Volk schon seit 1899, vielleicht schon seit dem Regierungsantritt Wilhelms II., des Verblendeten zwangsläufig gewesen.

Nach dem Zusammenbruch des alten Systems hat die deutsche Sozialdemokratie die geschichtliche Aufgabe übernommen, aus den Trümmern des Zusammenbruchs noch zu retten, was noch zu retten war.

(Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Und man mag sich zu der deutschen Sozialdemokratie stellen wie man will, wenn man bei der geschichtlichen Wahrheit bleibt, muß man ihr zwei Verdienste zuerkennen: das eine, daß sie trotz aller separatistischen Bestrebungen im Westen und im Süden des Reiches das Deutsche Reich zusammengehalten hat,

(lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

und das zweite Verdienst, daß sie schon im November 1918 durch ihre soziale Gesetzgebung dafür gesorgt hat, daß die Lasten des verlorenen Weltkriegs nicht samt und sonders auf die ärmsten Schichten des Volkes abgewälzt sind. Herr Gregor Straßer hat sich gestern mit der Riesenzahl der Arbeitslosen beschäftigt. Er hätte eines hinzufügen müssen. Wenn heute das Elend der Arbeitslosen gemildert werden

kann, so hat das Verdienst daran die deutsche Sozialdemokratie, die im Jahre 1918 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat.

Gewiß, unsere Lage ist durch die außenpolitischen Bedrückungen der Jahre 1919 bis 1924 immer wieder bedrohlich geworden. Wir haben die fürchterlichsten Repressalien erlebt. Wir haben die Zerstörung unserer Währung durch den Ruhrabwehrkampf hinter uns. Wir stehen heute wieder in einer Weltwirtschaftskrise, die zu den schwersten und hartnäckigsten gehört, die die kapitalistische Wirtschaft je gesehen hat. Aber die Dinge so schwarz zu schildern, wie es gestern Herr Straßer getan hat, das heißt eine Panikstimmung verbreiten. So liegen die Dinge nicht. **Es gibt in Deutschland noch Leute, auch in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die sich noch Luxusautomobile kaufen können.**

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es werden noch Riesendividenden in Deutschland verteilt, es bestehen noch Riesengehälter in der Privatindustrie, die sich ein völlig bankerottes Deutschland nicht leisten könnte. Gewiß, das Elend der breiten Volksschichten ist heute Unerträglich geworden. Aber wir bezweifeln sehr, ob es durch Medikamente aus nationalsozialistischen Parteiapotheken gemildert werden kann.

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gregor Straßer hat manches Richtige und manches Falsche — ich werde nicht verfehlen, auch das Richtige hervorzuheben, selbst wenn es Ihnen heute schon unangenehm ist! — zur deutschen Außenpolitik und zur deutschen Innenpolitik gesagt. Neues ist allerdings sehr wenig gesagt worden. Der versöhnliche Ton in der Außenpolitik geht wahrscheinlich auf **die neuesten angenehmen**

Beziehungen zu dem engl. Herrn Rothermere

zurück. Herr Straßer hat den wirtschaftlichen und den politischen Imperialismus in einer Weise verurteilt, daß wir ihm da nur beipflichten können. Aber wozu dann der frühere Lärm über die bisherige deutsche Friedenspolitik, wenn die Nationalsozialisten jetzt auf einmal in der Außenpolitik den Imperialismus verurteilen wollen? Im übrigen in wirtschaftlichen Verhältnissen die Ursache von politischen Verwicklungen, insbesondere eines Weltkrieges, zu sehen, Herr Gregor Straßer, ich kann Ihnen nicht helfen, das ist durchaus marxistisch gedacht.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Einig sind wir Sozialdemokraten mit Herrn Straßer in den schweren Vorwürfen, die er gegen den **Versailler Vertrag** erhoben hat. Aber ich möchte doch daran erinnern, daß die schärfste Verurteilung des Versailler Vertrags, die gewaltig-

sten Worte dagegen gerade von einem sozialdemokratischen Reichskanzler gesprochen worden sind.

(Lethafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir unterscheiden uns von den Nationalsozialisten nur in dem Punkte,

**daß wir dem deutschen Volke niemals vorge-
spiegelt haben, man brauchte diesen Vertrag nur
zu zerreißen und dann wäre er weg.**

Der nationalsozialistische Redner von gestern hat auch Worte gegen die Kriegsschuldfrage gefunden. Ich möchte ihn daran erinnern, daß längst die flammendsten Proteste gegen die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege auch und gerade von sozialdemokratischer Seite und von dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller ausgesprochen worden sind.

(Lachen bei den Nationalsozialisten. — Zuruf
des Abgeordneten Straßer.)

Das Ehrenwort der Hakenkreuzler.

Werfen Sie nicht so mit Worten herum, wie Sie einmal mit einem gewissen Ehrenwort herumgeworfen haben.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört!

Hört! — Abgeordneter Straßer: Kommen Sie doch nicht immer mit dieser Spezialsache! Diesem System gegenüber kenne ich kein Ehrenwort!)

— In der Politik scheinen Sie allerdings kein Ehrenwort zu kennen. Sie haben am 30. April 1923 Ihr Ehrenwort gegenüber den Offizieren der Landshuter Polizei, die Waffen in die Kaserne zu schaffen, gebrochen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Straßer: Jawohl, Herr Hoegner, das **tue ich noch zehnmal, noch hundertmal!**)

— Sie tun es offenbar, weil bei Ihnen der Zweck die Mittel heiligt, und **bei Ihnen scheint der Bruch des Ehrenwortes ein politisches Mittel zu sein.**

(Abgeordneter Straßer: **Jawohl!** — Hört! Hört!
bei den Sozialdemokraten.)

Die Verständigungspolitik der deutschen Regierung hat in der Außenpolitik nicht alles, aber doch manches erreicht. Jahrelang haben die Nationalsozialisten gesungen, siegreich wollten sie Frankreich schlagen, aber ich frage Sie: Ist durch dieses Singen etwa das Ziel des französischen Militarismus, am Rhein stehen zu bleiben, vereitelt worden? Jahrelang haben die Nationalsozialisten gegen die schwarze Schmach gewettert. Ich frage: Wenn heute deutsche Frauen und Mädchen im ehemals besetzten Gebiet von Senegalnegern nicht mehr vergewaltigt werden können, sind etwa die Worte der Nationalsozialisten daran schuld?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube die Frauen und Mädchen der Rheinlande müßten sich viel eher bei meinem Parteifreund, dem früheren Reichskanzler Hermann Müller bedanken!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was Helfferich gesagt hat.

Der deutschnationale Redner hat sich darüber gewundert, daß wir überhaupt noch Reparationslasten haben. Allerdings sind die Dinge anders gekommen, als der heute auch erwähnte frühere Reichsschatzsekretär **Helfferich** es sich im Jahre 1915 vorgestellt hat.

In der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 20. August 1915, hat der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. **Helfferich** ausgeführt:

Wenn wir demnach, solange wir hoffen können, daß unser ordentliches Budget balanciert, ohne daß wir neue Einnahmequellen erschließen müssen, auf neue Steuern verzichten, so stehen wir damit nicht allein in der Welt und unter den Kriegführenden da.

Meine Herren, wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, **die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), auf den Friedensschluß und auf die Friedenszeit.** Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Bedürfnissen und nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allem anderen auch die Kostenfrage nicht vergessen; das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig. Die ganze künftige Lebenshaltung unseres Volkes muß, soweit es irgend möglich ist, von der ungeheuren Bürde befreit bleiben und entlastet werden, die der Krieg anwachsen läßt. **Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.**

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso denken die Franzosen und Engländer eben auch, und dann wundert sich ein deutschnationaler Redner, daß wir heute noch Reparationslasten haben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Können Sie Deutsch lesen?

Die Nationalsozialisten behaupten, daß die Reparationslasten Deutschlands bis heute nicht gemildert worden seien. Ich nehme an, daß die Nationalsozialisten einen deutschen Reichshaushalt lesen können. Wenn Sie den Reichshaushalt zur Hand nehmen, der der Notverordnung der deutschen Re-

gierung vom 25. Juli dieses Jahres beigeheftet worden ist, so werden Sie darin für die außenpolitischen Kriegslasten einen Betrag von 1,8 Milliarden Goldmark eingesetzt finden. Und wenn Sie den Haushaltsplan des Jahre 1928 zur Hand nehmen, so werden Sie darin für den gleichen Posten eine Summe von 21/2 Milliarden Goldmark finden. Herr Gregor Straßer hätte also gestern die Frage stellen müssen: In welcher Lage wären wir erst dann, wenn wir auch noch die 700 Millionen Mark mehr bezahlen müßten?

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir wüßten mit den 1,8 Milliarden, die wir jährlich zu bezahlen haben, in Deutschland wahrlich Besseres anzufangen. Wir erwarten auch von der Reichsregierung, daß sie

alle Möglichkeiten ausschöpft, die zu einer weiteren Abminderung der Reparationslasten und zur Revision der Verträge führen können.

Wann die deutsche Reichsregierung den Augenblick dazu für gekommen hält, das müssen wir dem pflichtgemäßen Ermessen jener überlassen, die, **wie auch der Herr Hitler, der Auffassung sind, daß es in der Außenpolitik nicht auf das Wünschen und Wollen, sondern auf die gegebenen Möglichkeiten ankommt.**

Die Ausführungen des Herrn Straßer zur Außenpolitik sind mir gestern sehr diplomatisch, ja, fast gewunden vorgekommen. Vor der Wahl las man's anders. Da wurde Zerreißung des Young-Plans ohne Rücksicht auf die Folgen gepredigt. Gestern hat Herr Straßer versichert, die Nationalsozialisten wollten keinen Krieg. Wenn diese Erklärung nicht wieder diplomatisch und mit innerem Vorbehalt zu verstehen ist, so hätte seine Partei doch allen Anlaß, mit den republikanischen Verständigungspolitikern einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abzuschließen.

Maßlos erstaunt waren meine Freunde über die Ausführungen des Herrn Straßer zur deutschen Innen-, namentlich zur **Wirtschafts und Sozialpolitik.** Die Nationalsozialisten erklären, sie wollen eine Beseitigung des Leerlaufs der deutschen Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit, Gesundung der Landwirtschaft. Ich frage: Wer will denn das nicht? Das will jeder vernünftige Mensch. Aber die Wege dazu haben Sie auch gestern nicht angeben können.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nationalsozialisten als „Marxisten“.

Die Nationalsozialisten wollen Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. Ein schöner Gedanke! Nur schade, daß er nicht neu, sondern schon in dem Sozialisierungsgesetz des früheren Reichspräsidenten Ebert vom März 1919 gesetzgeberisch behandelt worden ist und in ähnlicher Form auch in der deutschen Verfassung steht. Aber **wir wären gegen-**

wärtig schon froh, wenn wir allen den Leuten Arbeit verschaffen könnten, die wirklich arbeiten wollen!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sehr spät kommt den Nationalsozialisten auch die Erkenntnis, daß wertschaffende Arbeit die alleinige Kraftquelle eines Volkes ist. Wir Marxisten haben das schon in den Anfangsgründen des Sozialismus gelernt. Hoffentlich wird diese marxistische Ausschweifung den Nationalsozialisten von gewissen Leuten nicht übelgenommen.

Die Nationalsozialisten wollen wirtschaftliche Autarkie (Selbstdeckung des Bedarfs) hat gestern Herr Straßer erklärt. Ja, ehe der Goldmacher des Herrn Generals Ludendorff, Herr Tausend, das Goldmachen nicht wirklich erfunden hat, **ehe man in Deutschland nicht Baumwolle, nicht Gummibäume anpflanzen kann, bleibt diese wirtschaftliche Autarkie ein schöner Traum, dessen Verwirklichung übrigens Millionen deutscher Arbeiter das Brot kosten würde.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der wirtschaftliche Sachverständige der Nationalsozialisten hat heute ganz anders geredet: er hat diese wirtschaftliche Autarkie selbst widerlegt. Hier klaffen Widersprüche, die aufzuklären Angelegenheit der Nationalsozialisten ist.

Die Nationalsozialisten wollen in Staat und Gesellschaft **die Juden ausschalten,**

wie gestern Herr Straßer wieder betont hat. Ich finde darin eine Rücksichtslosigkeit gegenüber gewissen ehemaligen fürstlichen Herrschaften, die heute Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind. Denn wenn diese ehemals fürstlichen Herrschaften heute den Nationalsozialisten ihre Parteibeiträge zahlen können, so können sie es doch nur deshalb,

weil ihre Vorfahren von den Vorfahren der heutigen deutschen Juden das Geld gepumpt haben, um ihre verpfändeten Schlösser, Länder und Kronen wieder auszulösen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Sinn der Rede des Herrn Straßer war gerade bei der Judenfrage gestern reichlich dunkel. Sollten vielleicht die freundlichen Worte des Herrn Rothermere, die freundlichen Ermahnungen, in der Frage des Semitismus eine andere Richtung einzuschlagen, schon gewisse Wortfrüchte getragen haben?

Von der sozialen Frage hat man in der Rede des Herrn Straßer wenig gehört. Er hat lediglich die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter aufgeworfen. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist nicht nur in einem Teil der amerikanischen Industrie, sondern auch in gewissen Teilen der deutschen Industrie eingeführt. Aber sie hat doch zur Folge, daß eine **bevorzugte Klasse von Arbeitnehmern** geschaffen

wird, die sich in **größerer Abhängigkeit vom Unternehmerkapital befindet.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Übel der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich das Mißverhältnis zwischen Massenvorrat an Gütern und der geschwächten Kaufkraft des Volkes, ferner die unregelte, anarchische Produktion werden durch eine solche Gewinnbeteiligung nicht beseitigt. Das zeigen am besten die Zustände der Vereinigten Staaten von Amerika, in denen heute auch über 7 Millionen Arbeitslose vorhanden sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Straßer hat schließlich in bezug auf die soziale Frage gemeint: praktische Maßnahmen haben erst dann einen Wert, wenn sie von der Zentralsonne einer neuen Staatsauffassung ausgestrahlt sind. Sehr schön gesprochen! Aber **heißt das nicht die Arbeiter**

auf den jüngsten Tag vertrösten,

an dem vielleicht daß dritte Reich anbrechen soll? Wir Sozialdemokraten denken nicht daran, die Opfer des kapitalistischen Systems auf den Zukunftsstaat zu vertrösten, sondern **wir versuchen auch in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, das Los der Arbeitenden zu erleichtern. Deswegen treiben wir Sozialpolitik.**

(Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Dazu sind die Nationalsozialisten nicht in der Lage. Wenn man der Versicherung im nationalsozialistischen „Angriff“ vom 12. Oktober 1930 glauben darf, wollen die Nationalsozialisten das Verhältnis von Kapital und Arbeit erst einer eingehenden Untersuchung nach nationalpolitischen Gesichtspunkten unterziehen und daraus zu den notwendigen Schlüssen kommen. In der gestrigen Rede des Herrn Straßer hat man nichts davon gemerkt, daß diese Untersuchung etwa schon abgeschlossen wäre, nicht einmal, daß sie nur angefangen hat.

Herr Straßer hat behauptet, nicht der Wahlsieg der Nationalsozialisten vom 14. September 1930, sondern die Linkspresse habe den deutschen Kredit im Ausland nach den Wahlen untergraben. Er hat in diesem Zusammenhang auch scharfe Worte gegen die Kapitalflucht gebraucht. Das Gedächtnis der Nationalsozialisten ist merkwürdig kurz.

Sind es nicht die angeblich nationalen Kreise in Deutschland gewesen, die seit Jahr und Tag im Auslande das Gespenst einer neuen deutschen Inflation hervorgezaubert haben?

(Lebhafte Rufe von den Sozialdemokraten: Hugenberg!)

Was die Kapitalflucht anlangt, so muß ich auf bestimmte Nummern des „Völkischen Beobachters“ in den letzten

Wochen hinweisen, in denen regelmäßig **folgender, mit Hakenkreuzen eingerahmter Alarmruf erschienen ist** — — (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Straßer ruft: Sie haben wohl Angst?)

— Ich habe kein Geld zu verlieren, Herr Straßer, ich habe keine Angst. — In diesem Alarmruf heißt es:

Die kommende Inflation! Volk, schütze dein Eigentum vor der Beschlagnahme unseres Sparvermögens, vor der Zwangsverwaltung Deutschlands.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Ja, ist denn das nicht geradezu eine

Aufreizung zur Kapitalflucht?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Alarmrufe des „Völkischen Beobachters“, sind sie auch etwa „tendenziöse Alarmartikel der jüdischen und marxistischen Presse“, von der gestern Herr Straßer gesprochen hat? Hier scheint mir wieder ein grundlegender Unterschied zwischen nationalsozialistischen Agitationsanträgen im Deutschen Reichstag und nationalsozialistischen Taten zu bestehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordneter Straßer hat hier gestern mit verdecktem Visier gesprochen. Wir wollen dieses Visier einmal hochziehen. Schon der Name „Nationalsozialismus“ ist, um mit Herrn Kapitänleutnant Ehrhardt zu sprechen, ein ausgezeichnetes Deckname, ein vorzügliches Deckblatt gewesen. In Wirklichkeit sind die Auswirkungen der nationalsozialistischen Außen- und Innenpolitik durchaus nicht national.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht national gewesen, daß Ihr Parteiführer am 11. Januar 1923 beim Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet im Münchener Kind-Keller die Worte gesprochen hat: „Nicht ‚Nieder mit den Franzosen!‘ muß es heißen sondern ‚Nieder mit den November-Verbrechern!‘.“

(Stürmische, entrüstete Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört! — Lauter Beifall bei den Nationalsozialisten. — Erneute entrüstete Rufe

bei den Sozialdemokraten : Hört! Hört!)

— Damit charakterisieren Sie (zu den Nationalsozialisten) sich selbst. **Ihre Politik ist nicht national. Ihr Verdienst ist es nicht, daß die Franzosen wieder das Ruhrgebiet verlassen haben.** Eine Politik ist nicht national, die ein Militärbündnis mit Italien anstrebt, um dann Frankreich anzugreifen, wobei die deutschen Ostgrenzen auf das äußerste gefährdet werden, eine Politik, die dann als Preis die deutschen Südtiroler kulturell an Italien ausliefert. Eine Politik ist nicht national, die im Herbst 1923 —

(Andauernde Unterbrechungen und Zurufe bei

den Nationalsozialisten. — Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

Drohung mit dem Fememord

Dr. **Hoegner** (SPD.) Abgeordneter: **Wollen Sie an mir einen neuen Fememord begehen, Herr Heines?**

(Zurufe von den Nationalsozialisten: Wir wollen uns die Finger an Ihnen nicht schmutzig machen!

— Abgeordneter Straßer: Haben Sie Angst, Herr Staatsanwalt?)

— Vor Nationalsozialisten habe ich noch nie Angst gehabt. Das habe ich im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags bewiesen.

(Erneutes lautes Lachen und Zuruf bei den Nationalsozialisten: **Kommen Sie nur wieder nach München!** — Abgeordneter Dittmann: Haben Sie nicht gehört, Herr Präsident, was dort gerufen worden ist?)

Vizepräsident Esser: Nein, Herr Abgeordneter Dittmann, ich habe das nicht gehört.

(Abgeordneter Dittmann: **Dem Redner ist zugerufen worden, er solle nur nach München kommen; das ist eine direkte persönliche Bedrohung!**)

Meine Damen und Herren! In diesem fürchterlichen Tumult sind die Zwischenrufe überhaupt nicht festzustellen. Mir wird aber jetzt erklärt, daß der Abgeordnete Heines den Redner bedroht hat. Herr Abgeordneter Heines, **ich ersuche Sie, den Saal zu verlassen.**

(Unruhe und Zurufe bei den Nationalsozialisten.

Abgeordneter Heines verläßt den Saal.)

Dr. **Hoegner** (SPD.), Abgeordneter: Ich sage: eine Politik ist nicht national, die im Herbst 1923 den französischen Militaristen in die Hände gearbeitet hat. Die Nationalsozialisten bezeichnen sich als eine sozialistische Partei. Ich frage:

was haben denn die Nationalsozialisten mit dem Sozialismus zu tun?

Gewiß, sie haben einige sozialistische Gedankengänge; sie haben einige sozialistische Zukunftsforderungen aus unserem Programm und aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber der wissenschaftliche Sozialismus ist ja gestern von Herrn Straßer ausdrücklich verworfen worden. Er hat dafür primitive Heilmethoden empfohlen. Mit solchen primitiven Heilmethoden, mit solchen Quacksalbereien, die man auf jedem Jahrmarkt der Politik ausrufen hört, kann man primitive politische Seelen, kann man politische Analphabeten in Bewegung setzen. Sie können ihnen vormachen, daß die Durchsetzung dieses Sozialismus nur eine Frage des Willens

und des Staatssystems sei; aber wenn Sie in die Lage versetzt würden, einen Sozialismus durchzuführen, dann müßten Sie wieder die Wissenschaft zu Hilfe rufen. Wir anerkennen, daß

Hunderttausende von Wählern der Nationalsozialistischen Partei ihre Stimme deshalb gegeben haben, weil sie am Sinne des kapitalistischen Wirtschaftssystems verzweifeln,

(lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten)
weil sie selbst in diesem System wirtschaftlich unter die Räder gekommen sind. Sie sind zunächst dem primitiven Gefühlsradikalismus und Scheinsozialismus der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen. **Wir werden dafür sorgen, daß sie den richtigen Weg zum Sozialismus finden.**

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Nationalsozialisten machen Anspruch darauf, eine Arbeiterpartei zu sein. Das Recht dazu hat die deutsche Arbeiterschaft immer jenen Organisationen abgesprochen, die vom Großkapital Geld genommen haben. **Die Nationalsozialisten sind aber**

finanziell vom Großkapital abhängig.

Kapitänleutnant von Mücke war früher Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Kapitänleutnant von Mücke hat im vorigen Jahre erklärt, daß Herr Hitler nach der Pfeife des Herrn Mutschmann tanzen müsse, weil Mutschmann der Geldgeber der Nationalsozialisten sei. Wenn das Ihr früheres Parteimitglied sagt, dann muß es doch sicher wahr sein.

Im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags sind

drei Geldquellen der Nationalsozialisten festgestellt

worden: 1. das neutrale Ausland, 2. schöne Frauen, 3. die Großindustrie.

Im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags ist festgestellt worden, daß in den Jahren 1922/23 nationalsozialistische Agenten bei Schweizer Bürgern Geld gesammelt haben. Nationalsozialistische Agenten haben in diesen Jahren den Schweizer Bürgern vorgemacht, daß Deutschland vor dem Bolschewismus stehe und daß nur die Nationalsozialisten Deutschland retten könnten. Dadurch haben sie **Gelder von den Schweizer Bürgern bekommen und ihre Offiziere mit Schweizer Devisen im Herbst 1923 bezahlt.**

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Ich habe gesagt, daß **schöne Frauen den Nationalsozialisten Geld gespendet haben.** Hören Sie einmal die Aussage der Frau Helene Bechstein geborene Kapito vor der Münchener Polizei am 27. Mai 1924! Sie sagte da:

Ich und mein Mann sind mit Hitler freundschaftlich

verbunden. Als Hitler in Landsberg auf Festung war, habe ich ihn, um bei ihm vorgelassen zu werden, fälschlich als meinen Adoptivsohn ausgegeben. Ich wollte, Hitler wäre mein Sohn. **Mein Mann hat Hitler wiederholt finanziell zur Unterstützung seines Zeitungsunternehmens unter die Arme gegriffen.**

(Hört! Hört bei den Sozialdemokraten.)

Persönlich habe ich Hitler in der Weise unterstützt, daß ich ihm Kunstgegenstände zur Verwertung übergab mit dem Bemerkten, er könne damit machen, was er wolle. Es handelt sich um solche von höherem Wert.

Die Großindustrie hat nach dem Zeugnis des Geheimen Kommerzienrats Aust und des Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes Dr. Kuhlo **Gelder gespendet**, weil Hitler der einzige Mann sei, welcher berufen wäre, die Arbeiter aus den Klauen des Marxismus zu retten. Das ist eine Aussage, die Dr. Kuhlo gemacht hat.

Das Großkapital sieht in uns den Feind, in den Nationalsozialisten das Werkzeug zu unserer Bekämpfung. Aber in dem Augenblick werden die Nationalsozialisten zum alten Eisen geworfen werden, in dem die Nationalsozialisten diese Aufgabe der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht mehr erfüllen wollen.

Wären die Nationalsozialisten wirklich eine Arbeiterpartei, so hätten sie es nicht an dem primitivsten Gefühl der Solidarität gegenüber der gesamten Arbeiterschaft fehlen lassen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Am 6. Mai 1923 haben sich Nationalsozialisten in München mit den sogenannten nationalen Verbänden zusammengetan und

haben Waffen aus den Reichwehrcasernen geholt, um die Münchener freien Arbeiter in den Straßen Münchens wie tolle Hunde zusammenzuschießen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Das ist ein Ausdruck im amtlichen Bericht des damaligen Polizeipräsidenten an den Staatsanwalt.

Die Nationalsozialisten haben am 9. November 1923 im Münchener Rathaus **in Ehren ergraute Sozialdemokraten verhaftet, um sie in den Wald zu führen und dort erschießen zu lassen.**

(Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Sie haben damals Frauen und Töchter von Arbeiterführern mißhandelt, weil sie den Aufenthalt ihrer Männer und Väter nicht verraten haben. Eine Partei, die solche Taten auf dem Gewissen hat, die hat den Anspruch auf den Namen einer Arbeiterpartei verwirkt!

Herr Straßer hat gestern seinen Abscheu gegen Bürgerkrieg und Klassenhaß und seine Achtung vor der Weimarer Verfassung ausgedrückt. All das kommt reichlich spät, zu spät. Sie haben Verfassungsbruch und Hochverrat begangen. als Sie an den Erfolg dieser Mittel glaubten und Ihre politischen Mittel, die Sie in den letzten Monaten angewendet haben, sehen wahrlich nicht nach Frieden und Verfassungstreue aus.

Durch welche politischen Mittel sind Sie denn groß geworden?

Der Abgeordnete Straßer hat gestern von einem zehnjährigen Verfolgungskampf der Demokratie gegen die Nationalsozialisten gesprochen. So liegen die Dinge nicht. Im Gegenteil! Sie sind groß geworden, weil Sie von Anfang an von einer mißleiteten Staatsgewalt gefördert worden sind.

Sie sind groß geworden, weil die deutsche Justiz, verführt durch Ihre vaterländischen Töne, objektiv zu Ihren Gunsten Dutzende Male das Recht gebeugt und gebrochen hat. Hätte das Münchener Volksgericht vom 1. April 1924 seine Pflicht getan, die geltenden Gesetze gegen Sie anzuwenden, dann wäre dem Deutschen Reichstag das beschämende Schauspiel vom 13. Oktober 1930 erspart geblieben. Sie sind schon so gewöhnt, von der deutschen Justiz gut behandelt zu werden, daß Ihnen das Leipziger Hochverratsurteil auf die Nerven gegangen ist.

Vor mir liegt Antrag Nr. 87. Danach sollen **gegen 23 Ihrer Fraktionsmitglieder über 100 Strafverfahren meist wegen Beleidigung und Pressevergehen aufgehoben werden.** Entgleisungen können vorkommen, aber **diese Häufung von Straftaten ist ein erschreckendes Bild des politischen Kampfes, wie er von Nationalsozialisten geführt wird.** Vor uns liegt ein Amnestie-Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, der alle Straftaten aus politischen Beweggründen für straffrei erklären will. In der Tat, den Nationalsozialisten tut eine politische Amnestie bitter not!

Herr Abgeordneter Straßer hat gestern jede geistige **Gemeinschaft mit dem italienischen Faschismus** abgelehnt. Freilich, die deutschen Nationalsozialisten haben ihr italienisches Vorbild vielfach übertroffen.

Der Verfassungsentwurf der „nationalen“ Revolution vom 9. November 1923 in München sieht vor die restlose Beseitigung der Demokratie, die Auflösung aller Parlamente, die Unterdrückung der Pressefreiheit, Auflösung der Gewerkschaften, Todesstrafe für Streik, Beseitigung der politischen Meinungsfreiheit.

Nach dem § 24 dieses Entwurfs werden alle Handlungen und Unternehmungen, die geeignet sind, den Bestand der Staatsordnung zu erschüttern oder zu gefährden oder die

Durchführung der Grundsätze dieser Verfassung zu verhindern oder zu erschweren mit dem Tode bestraft. **Diese „nationale“ Verfassung von 1923 ist mit Blut geschrieben, in fast 40 Fällen ist Todesstrafe angedroht.**

Blut, Blut und immer wieder Blut

ist das Wort gewesen, das die Nationalsozialisten am liebsten im Munde geführt haben. Ihr Hauptmann Göhring hat Ende Oktober 1923 die Losung ausgegeben:

„Bei der Übernahme der Gewalt durch die Nationalsozialisten muß **mit schärfstem Terror vorgegangen werden, wer die geringste Schwierigkeit macht, ist zu erschießen. Es ist notwendig, daß sich die Führer jetzt schon die Persönlichkeiten herausuchen, deren Beseitigung notwendig ist.** Mindestens einer muß zum abschreckenden Beispiel nach Erlaß des Aufrufes überall erschossen werden.“

Der gleiche nationalsozialistische Hauptmann Göhring hat am 9. November 1923 an den Münchener Isarbrücken als Befehlshaber der aufständischen Nationalsozialisten gegenüber den Offizieren der bayerischen Landespolizei erklärt, beim ersten Schuß der Landespolizei würden alle Geiseln erschossen werden, die sich in den Händen der Nationalsozialisten befinden. Unter diesen Geiseln sind auch bayerische Minister gewesen.

Die Nationalsozialisten wollen auf einmal keine Faschisten sein. **Was wollen Sie denn dann eigentlich?** Nach Bekundung des Herrn Otto Straßer hat Herr Hitler im Gespräch mit diesem erklärt,

die Arbeiter hätten nichts als Brot und Spiele im Kopf, sie müßten deshalb von einer Herren-Schicht besserer Rasse rücksichtslos beherrscht werden.

Die Rechnung des Herrn Hitler ist falsch. Die deutsche Arbeiterschaft ist kein verludertes und verlottertes Lumpenproletariat wie das der römischen Kaiserzeit, das man mit Brot und Spielen füttern konnte. **Nein, die deutsche Arbeiterschaft ist politisch und gewerkschaftlich ausgezeichnet organisiert und diszipliniert, sie ist von ihren alten Idealen erfüllt, unter denen sie Einfluß in Staat und Gesellschaft gewonnen hat und sie ist eisern entschlossen, das Schwergewicht ihrer politischen und gewerkschaftlichen Macht im Entscheidungskampf gegen den deutschen Faschismus in die Wagschale zu werfen!**

Wir wissen, um was es geht!

Herr Straßer hat gestern so leicht vom Rationalismus und Liberalismus gesprochen. Allerdings die Sozialdemo-

kraten sind im Gegensatz zu den Nationalsozialisten der Meinung, daß Deutschland nur mit dem Verstand gerettet werden kann, nicht mit der Faust. Wir wissen auch, daß der Liberalismus an seiner wirtschaftlichen Unzulänglichkeit gescheitert ist, aber deshalb hat er der Menschheit doch einige Fortschritte gebracht: Er hat die Grenzen zwischen Einzelmensch und Staat neu abgesteckt, den Wert der freien Persönlichkeit geschaffen, die persönliche Freiheit, die Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und der Kunst, die politische Meinungsfreiheit gebracht. Alle diese Freiheiten sind im faschistisch-nationalsozialistischen Staatssystem in Gefahr. Naturrecht und Vernunft sollen so hat gestern Herr Straßer gemeint, bei den Nationalsozialisten sein? Welch grausamer Irrtum! Im nationalsozialistischen Staatssystem wird der Staatsbürger der Staatsallmacht geopfert, er soll bloßes Werkzeug, nur Mittel für Staatszwecke sein, die von einer angeblich erleuchteten Führerschaft aufgestellt sind.

Der Nationalsozialismus will die Menschenrechte beseitigen,

die doch nach Schiller droben hangen unveräußerlich und und zerbrechlich wie die Sterne selbst. Er stellt alles in Frage, worum die Menschheit in den letzten vier Jahrhunderten gerungen hat.

Dagegen wehren wir uns mit allem was uns zu Gebote steht. Auch wir Sozialdemokraten haben eine Sendung. Sie liegt nicht nur in der Zukunft, in der Herbeiführung eines besseren Wirtschaftssystems, sondern auch in der Gegenwart. Als unsere gegenwärtige Aufgabe haben wir es erkannt, das deutsche Volk, vor allem auch seine Jugend vor Leuten zu schützen, die sich in ihrem Größenwahn einhilden Napoleon, Gambetta, Mussolini oder gar Messias Deutschlands zu sein. **Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, die deutsche Volksfreiheit, die Demokratie gegen faschistische Führer tyrannei.** Dabei befeuern uns die Worte, die in der Verfassung des Staates Virginien von 1776 geschrieben sind :

„Alle Menschen sind von Natur frei geboren und wir wollen frei sein!“

Wir werden das deutsche Volk aus dem Opiumrausch erwecken, in den es durch eine Partei versetzt worden ist, die allen alles verspricht. Und wenn erst die Dummen erwachen, die heute noch hinter nationalsozialistischen Versprechungen herlaufen, dann wird der Traum vom Dritten Reiche bald ausgeträumt sein!